

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 13. Juli 2006

Gesch. Nr. 009/06

16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate

[...]

6. GESCHÄFT-NR. 009/06

Postulat Esther Hildebrand, GP, und Mitunterzeichnende, betreffend Umsetzung des Vernetzungsprojektes auf Gemeindeebene - Überweisung

DISKUSSION IM RAT

Esther Hildebrand begründet den Vorstoss:

„Das Vernetzungsprojekt verläuft harzig. So steht es im Zürcher Oberländer vom 3. Juni geschrieben. In meiner schriftlichen Begründung halte ich fest, dass die Grundlagen zur erfolgreichen Umsetzung eigentlich geschaffen sind. Wir haben im 2001 einen Kredit bewilligt, nach anfänglichen Schwierigkeiten mit dem Kanton konnten einzelne Verträge mit einzelnen Landwirten abgeschlossen werden und nun geht es irgendwie nicht vorwärts. Von mehr als 60 Landwirten machen nur gerade ca. elf mit. Ich frage mich deshalb, wo-ran das liegen mag.

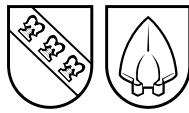
Das Projekt hat zum Ziel, das Kulturland der Gemeinde weiter aufzuwerten, also dafür zu sorgen, dass wieder mehr Pflanzenarten vorkommen und mehr vom Aussterben bedrohte Tiere hier leben als bisher. Die ökologischen Ausgleichsflächen sollen so angeordnet werden, dass Korridore entstehen. Die Grundlagen wurden von der städtischen Fachgruppe Natur und Landschaft erarbeitet. Ein solches Projekt ist Voraussetzung dafür, dass die Ökoqualitätsverordnung des Bundes zur Anwendung kommen kann, welche zusätzlich Beiträge für Landwirte vorsieht, die sich daran beteiligen.

Der Ackerbaustellenleiter stellt im ZO-Artikel fest, dass das Projekt Bürokratie und Auflagen mit sich bringt und dass er plant, eine deutliche Erhöhung der Beiträge einzureichen. D. h., die Aufstockung der Beiträge müsste vollständig von der Stadt übernommen werden.

Das war natürlich nicht meine Meinung! In ganz vielen anderen Gemeinden funktioniert das Projekt erfolgreich. Dies ist auch im Geschäftsbericht des Regierungsrates nachzulesen. Haben wir denn in unserer Stadt so spezielle Verhältnisse? In Grüningen z. B. oder in Bubikon machen beinahe alle Landwirte mit! Dort klagt niemand darüber, dass die Bürokratie unüberwindbar ist und dass Aufwand und Ertrag nicht stimmen. Dort geht es. Hier geht es nicht. Natürlich sind in jeder Gemeinde die Verhältnisse wieder anders. Also muss ich mich fragen, ob die Vorgaben, Indikatoren, zu bürokratisch verfasst sind? Man muss sicher nicht mehr Geld verlangen, sondern das Verfahren vereinfachen. Grüningen z. B. hat ganz einfache Vorgaben und weist grosse Erfolge aus.

Wenn der Ackerbaustellenleiter nun eine Aufstockung der Beiträge durch die Stadt verlangt dann stirbt das Projekt. Und dies nur, weil der Ackerbaustellenleiter der Meinung ist, dass Aufwand und Ertrag nicht stimmen. Wie aber soll ein Ackerbaustellenleiter den Landwirten dieses Projekt schmackhaft machen, wenn er selber nicht an den Erfolg glaubt? Ein Verkäufer einer Sache muss selber von der Sache überzeugt sein. Sonst funktioniert es nicht. Es ist der falsche Ansatz, einfach mehr Gelder und Subventionen zu verlangen.

Viele andere Gemeinden haben bewiesen, dass der Ertragsausfall via Zahlungen von Bund, Kanton und Gemeinde wettgemacht wird. Oder sogar mehr als wettgemacht wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 13. Juli 2006

Ein Landwirt, der sich am Vernetzungsprojekt beteiligt erhält nämlich folgende Beiträge:

Extensive Wiese 15.00 pro Are vom Bund
Grundbeitrag für landwirtschaftliche Nutzfläche Fr. 12.00 pro Are vom Bund
Vernetzungsfünftel Vernetzung Fr. 5.00
Also total Fr. 32.00 Direktzahlungen

Ich habe mich bei diversen Ackerbaustellenleitern erkundigt: Mit keiner anderen Kultur kann er soviel Ertrag erwirtschaften! Ergo lohnt es sich finanziell, wenn man sich am Projekt beteiligt. Und einen wirklichen Mehraufwand hat der Landwirt nicht. Und wenn er ihn hat, dann wird er ja abgegolten! Der Pflegeaufwand, wie er im ZO beschrieben wird (d.h., dass eine extensiv genutzte Wiese z. B. nicht mit dem Futteraufbereiter gemäht werden darf usw.) ist kein stichhaltiges Argument. Denn jede Frucht gibt Aufwand. Sei dies Mais oder etwas anderes. Der Landwirt muss nur den Vertrag unterzeichnen. Alles andere erledigt der Ackerbaustellenleiter. Dieser scheidet die Flächen aus, meldet sie dem Kanton weiter, erhält die Rückmeldung des Kantons was ausbezahlt wurde usw.

D.h., in anderen Gemeinden wird das so aufgegleist. In unserer Gemeinde scheint dies viel bürokratischer zu sein und her zu gehen. Also bitte ich den Stadtrat dafür besorgt zu sein, dass die Grundlagen zusammen mit der Gruppe Natur und Landschaft geschaffen werden, da-mit das Vernetzungsprojekt weniger aufwändig, d.h. unbürokratischer gehandelt werden kann. Dann kann das Problem vielleicht gelöst werden? Es ist der falsche Weg, mehr Geld zu verlangen. Das Geld reicht! D.h. die Landwirte erhalten genügend Ausgleichszahlungen für ihren Aufwand.

Es geht um die Erhaltung der Artenvielfalt. Die Landwirte können das ihrige dazu beitragen und erhalten deshalb einen finanziellen Ausgleich.

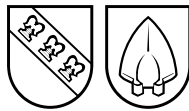
Wie alle Berufe, haben auch die Landwirte eine elementare Wandlung hinter sich. Die Anbauschlacht hat ausgedient. Der Landwirt ist heute nicht nur Nahrungsmittelproduzent, sondern auch Naturschützer. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Der Stadtrat ist sicher der Meinung, dass dieses Postulat unnötig sei. Man mache ja schon etwas. Der Sinn der Überweisung des Postulates soll aber sein, dass man nun wirklich etwas macht, und nicht nur davon redet. Im Sinne eines neuen Anschubes oder neuen Schubes. Man kann eine Forderung durchaus zwei Mal politisch stellen, wenn es mit der Umsetzung hapert. Bitte überweisen Sie dieses Postulat und deklarieren Sie damit, dass Sie auch eine ökologische Seele haben.“

Stadtrat Max Binder gibt bekannt, dass der Stadtrat das Postulat nicht entgegen nehmen möchte. 2001 wurde das Naturschutzinventar erstellt und das Parlament hat einen Kredit über Fr. 70'000.00 für das Vernetzungsprojekt genehmigt. Darauf gab es eine Informationsveranstaltung für alle Bauern, diese wurden zusätzlich schriftlich informiert. Die Umsetzung hat Auswirkungen auf den Betrieb und die Fruchtfolge. Es kann nicht im ersten Jahr umgestellt werden.

Im ersten Jahr haben sechs Bauern mitgemacht, 2005 kam ein Bauer dazu. Für 2006 sollten vier bis fünf Verträge abgeschlossen werden. Dazu ist man mit Bauern im Gespräch, welche 2007 dazukommen könnten. Letzten Sommer gab es eine Veranstaltung im Freien bei Walti Nüssli, auch die Presse war eingeladen.

Sieht man sich die Karte an, wo Verträge abgeschlossen werden konnten, fällt auf, dass viel im Grünlandgebiet Zürcher Oberland und im Knonaueramt umgesetzt wurde. Das Weinland mit dem traditionellen Ackerbau ist nicht dabei. Die Umsetzung ist dort schwieriger. Unser Ackerbaustellenleiter darf nicht vor aller Öffentlichkeit



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 13. Juli 2006

schlecht gemacht werden! Robert Vollenweider setzt sich ein, er hat auch dieses Jahr mit jedem Bauern gesprochen und auf das Projekt aufmerksam gemacht. Wir sind mit der Umsetzung nicht zu langsam. Wir waren einmal mehr Pilotgemeinde. Dazumal gab es noch keine gesicherten Grundlagen des Kantons. Die Erarbeitung des Konzepts war langwierig und kompliziert. Nun müssen wir feststellen, dass unser Konzept offenbar zu wenig attraktiv ist. Das Postulat ist daher unnötig, da die Fachgruppe Natur und Landschaft sich eingesetzt hat und die neu gebildete Umwelt- und Naturschutzkommission es weiterhin tun wird. Die Bauern sind genügend informiert. Eventuell muss die Arbeitsgemeinschaft die Bedingungen über-arbeiten, vielleicht sind sie zu streng.

Esther Hildebrand erwidert, dass es ihr fern liegt, Robert Vollenweider schlecht zu machen. Gemäss Zeitungsartikel steht er aber nicht voll hinter dem Projekt. Erst wenn er das tut, kann er es gut verkaufen.

Daniel Hari, EVP, unterstützt das Postulat. Die Vernetzung ist etwas Wichtiges. Er hat selber einen solchen Betrieb gesehen. Es gibt dort viele teils schon fast unbekannte Tier- und Pflanzenarten. Gerade weil das Vernetzungsprojekt freiwillig ist, braucht es einen Effort, die Leute zu motivieren.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

BESCHLIESST:

1. Der Vorstoss „Postulat Esther Hildebrand, GP, und Mitunterzeichnende, betreffend Umsetzung des Vernetzungsprojektes auf Gemeindeebene“ wird dem Stadtrat nicht zur Beantwortung überwiesen.
2. Der Vorstoss wird als erledigt abgeschrieben und wird von der Pendenzenliste gelöscht.

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis mit 11:20 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär